

## **Parteiversammlung BDP Schweiz Samstag, 27. Januar 2018, Biel**

*Referat von Nationalrat Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz*

### **Wer keinen Rahmen hat, ist nicht im Bild.**

In den letzten Wochen wurde in der Schweiz sehr viel über Europa gesprochen, ohne dass wahnsinnig viel gesagt worden wäre. So zum Beispiel vor einigen Tagen auf dem zürcherischen Albisgüetli.

Dort wurde wehmütig an das EWR-Nein vom 6. Dezember 1992 erinnert. Seither habe in den letzten 25 Jahren die so genannte Classe politique in Bern alles getan, um den damaligen klaren Volksentscheid auszuhebeln. Der Volksentscheid sei nie akzeptiert und stets in bössartiger Absicht hintertrieben worden. Und dies alles hätte schliesslich mit einem juristischen Staatsstreich geendet...

Nun, dieser Staatsstreich sieht so aus, dass wir auch heute nicht Mitglied des EWR und schon gar nicht Mitglied der Europäischen Union sind. Wir sind weder staatsstreichartig oder landesverräterisch, noch schleichend oder aushebelnd beigetreten. Denn es ist - und niemand bestreitet dies - ein offensichtlicher politischer Wille der Schweiz, nicht Mitglied der Europäischen Union zu sein.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Schweiz im Herzen Europas liegt. Die Schweiz ist auch als Nichtmitglied der Europäischen Union ein europäisches Land. Das ist Geographie! - Es stellt sich deshalb nicht die Frage, ob wir eine Beziehung mit der Europäischen Union haben wollen oder nicht; es stellt sich ausschliesslich die Frage, wie diese Beziehung gestaltet sein soll. Denn man kann nicht „keine Beziehung“ haben...

Es ist auch nicht so, dass die Europäische Union etwas Schlechtes, eine „Fehlkonstruktion“ ist, nur weil wir dort nicht Mitglied sein wollen. Die Europäische Union mag ihre Schwächen haben und mit durchaus grossen Herausforderungen kämpfen; aber sie ist vor allem ein beeindruckendes Friedensprojekt. Davon profitieren auch Nichtmitglieder wie wir. Auch wir sind deshalb angehalten, der Europäischen Union - bei aller Skepsis, die wir gegenüber ihr haben - durchaus auch mit Respekt zu begegnen.

Nach jenem EWR-Nein im Jahr 1992 hat die Schweiz den so genannten bilateralen Weg eingeschlagen und ihn zum „Königsweg“ erklärt. Entsprechende Vertragspakete wurden verhandelt, verabschiedet und vom Schweizer Stimmvolk abgesegnet. Einige dieser Abkommen haben sich bewährt, einige werden kritisiert. Andere tragen vielleicht den zwischenzeitlichen Entwicklungen nicht mehr ausreichend Rechnung und müssten überarbeitet werden. Und es wurden neue Bereiche identifiziert, die ebenfalls einer vertraglichen Regelung bedürfen würden.

Das alles zeigt, dass der bilaterale Weg nicht einfach nur ein gesammeltes Werk von Verträgen ist, sondern vielmehr als Konzept verstanden werden muss. Als Konzept unserer Beziehung zur Europäischen Union. Denn der bilaterale Weg braucht einen konzeptionellen Rahmen, ein strategisches Dach. Vieles deutet darauf hin, dass auch die Europäische Union stark daran interessiert ist. Und wenn sie mit uns über ein Rahmenabkommen verhandeln will, ist das nichts anderes als der Wille, mit uns ein konzeptionelles Dach über den bilateralen Weg zu bauen. - Was bitte kann an dieser Absicht so gefährlich sein...?

Natürlich verärgert uns Brüssel auch immer wieder, was übrigens auf Gegenseitigkeit beruhen dürfte. Das bietet dann konservativen Polemikern immer wieder willkommene Gelegenheiten, Ängste zu schüren, Entsetzen zu bewirtschaften. Das rhetorische Donnerrollen ist dabei jeweils üppig und erinnert an die Geschichten und Legenden der alten Eidgenossen: Hier die tapferen und wehrhaften Schweizer, drüben die boshafte Vögte in Brüssel... Dabei merken wir kaum, dass wir uns immer mehr im politischen Reduit isolieren. Wir führen nicht einmal mehr eine ernsthafte Debatte über unsere künftige Beziehung zur Europäischen Union. Wir haben schlichtweg keinen Plan.

Wir entfernen uns in grossen Schritten von unserem Königsweg. Der bilaterale Weg wird fahrlässig - aber systematisch - in Frage gestellt. Immer wieder werden einzelne Abkommen angegriffen, und diese stetigen Speerstiche schwächen die Bilateralen auch als Konzept. Ausschaffungsinitiative, Masseneinwanderungsinitiative, Selbstbestimmungsinitiative - und wie sie alle heissen - sind immer wieder Versuche, unser Land mit dem Stemmeisen aus dem internationalen Vertragswerk herauszuheben. Das Resultat ist europapolitische Halbherzigkeit, die sich langsam in Ratlosigkeit wandelt.

Das alles ist auch den Strategen in Brüssel nicht entgangen, und es war letztlich nur eine Frage der Zeit, bis der europäischen Union der Kragen platzen würde. Und wenn wir es auf die Spitze treiben wollen, dann werden wir es erleben, dass man gar nicht mehr mit uns verhandeln will.

Wenn wir aber den bilateralen Weg weitergehen wollen, dann müssen wir - hartnäckig, aber konstruktiv - verhandeln. Geben und nehmen. Und wenn wir den bilateralen Weg als Konzept beibehalten wollen, dann müssen wir diesem Konzept ein Dach geben. Ob dies als Rahmenabkommen oder als Marktzugangsabkommen bezeichnet wird oder sonst einen anderen Namen bekommt, ist Kosmetik und bestenfalls sekundär.

Aber es ist in jedem Fall mit Sicherheit kein Landesverrat, sondern eine Pflicht gegenüber künftigen Generationen, diese wohl wichtigste politische Herausforderung unseres Landes proaktiv anzupacken. Die Schweiz darf es nicht zulassen, dass sie von konservativen Kräften in die Isolation geführt und europapolitisch schachmatt gesetzt wird. - Denn wer keinen Rahmen hat, ist nicht mehr im Bild.

Vielleicht sind ja die bösen Vögte drüben in Brüssel gar nicht so gefährlich. Vielleicht wird unsere Souveränität ja von innen bedroht. Von den „Albisgüetli-Fürsten“, die unser Land abschotten und isolieren wollen. Aber ein abgeschottetes Land ist eben nicht souverän, sondern einsam. - Abschottung bedroht die Souveränität.

Im Unterschied zu den „Albisgüetli-Fürsten“ haben die angeblichen Vögte in Brüssel unser Parlament nicht mit Primarschülern verglichen oder als „demokratiefeindliches Gaunersyndikat“ bezeichnet. Und es wurde nicht in Brüssel, sondern auf dem Albisgüetli gesagt, unsere Bundesrichter würden zwar dunkle Anzüge statt farbiger Tücher tragen; aber das Ganze gleiche trotzdem einem Staatsstreich afrikanischer Diktatoren.

Ich zitiere weiter aus dem Manuskript des obersten „Albisgüetli-Fürsten“: „Die Gretchenfrage für die Wahlen 2019 muss lauten: Wer steht noch zur Freiheit und direkten Demokratie? In Bundesbern muss ausgemistet werden. Gehen wir voran!“

Damit bin ich nun völlig einverstanden und stelle fest: Wer sein Land abschotten will, die gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter als „demokratiefeindliches Gaunersyndikat“ bezeichnet und das Bundesgericht mit afrikanischen Diktatoren vergleicht, der steht nicht zur Freiheit und direkten Demokratie.

Gehen wir also voran! In Bundesbern muss tatsächlich ausgemistet werden. Denn dieses Land will nicht vom Albisgüetli aus regiert werden.